

**Runder Tisch Friedensbewegung der Fraktion DIE LINKE
Deutscher Bundestag, 9. September 2022**

MdB Sevim Dagdelen

Begrüßung und Einleitung

Liebe Freundinnen und Freunde,

ganz herzlich willkommen zum Runden Tisch Friedensbewegung der Fraktion DIE LINKE. Ich bin froh, dass wir nach der Corona-Unterbrechung wieder hier im Bundestag treffen und austauschen können. Die große Resonanz, die vielen Zusagen und auch Anregungen im Vorfeld zeigen, dass das Bedürfnis nach Gespräch und Diskussion allseits groß ist.

Ganz herzlich begrüßen möchte ich unsere Gäste, Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisierung in Tübingen und den Publizisten Jörg Kronauer, die uns beide hierher in den Bundestag zugeschaltet sind, die im ersten Block zu „Geopolitik und neue NATO-Strategie“ einen kurzen Input geben. Ich freue mich, dass mit Lühr Henken ein ausgewiesener Experte vom Bundesausschuss Friedensratschlag hier vor Ort ist zum Themenkomplex „Zeitenwende: Aufrüstung, Militarisierung und Waffenexporte“. Anna von Gall von Greenpeace hat kurzfristig leider absagen müssen, was wir sehr bedauern.

Grüßen möchte ich an dieser Stelle von Holger Isabelle Jänicke, den ich am Montag in Hamburg besucht habe. Der Friedensaktivist ist zu 30 Tagen Ersatzfreiheitsstrafe verurteilt worden und zur Zeit im offenen Vollzug, weil er in Büchel mit zivilem Ungehorsam gegen die Lagerung von US-Atomwaffen protestiert hat. Wenn er könnte, wäre er heute gerne hier mit dabei. Uns eint das Engagement für eine atomwaffenfreie Welt. Angesichts des neuen nuklearen Wettrüstens und der drohenden Gefahr eines Atomkrieges in Europa braucht es klare Bekenntnisse zu atomarer Abrüstung wie die in Büchel. Mit der Beschaffung atomwaffenfähiger F-35-Kampffjets für die Bundeswehr und dem Festhalten an der nuklearen Teilhabe in der NATO beteiligt sich Ampel-Regierung in gefährlicher Weise an der globalen atomaren Aufrüstung statt wie im Koalitionsvertrag ja noch angekündigt, sich für atomare Abrüstung einzusetzen.

DIE LINKE und die Friedensbewegung stehen vor einer historischen Verantwortung angesichts des Krieges Russlands in der Ukraine, den wir, wie jeden anderen völkerrechtswidrigen Krieg natürlich verurteilen und der so schnell wie möglich beendet werden muss.

Klar ist aber auch, auch wir hier in Deutschland leben bereits in den Zeiten des Krieges. Kein Tag vergeht, an dem nicht die Lieferung von immer mehr und immer schwereren Waffen an die Ukraine von einer ganz großen Koalition aus Union, SPD, FDP und Grünen gefordert wird. Dabei ist klar, dass von diesen Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet nur die Aktionäre der Rüstungsschmieden profitieren, während die Menschen in der Ukraine auf der Strecke bleiben. Der Aktienkurs von Rheinmetall, das nur als ein Beispiel, hat sich nach der von Kanzler Scholz verkündeten „Zeitenwende“ verbunden mit einem neuen Hochrüstungsprogramm für die Bundeswehr und Waffenlieferungen in die Ukraine über Nacht verdoppelt. Die Dividenden-Ausschüttungen sollen sich in den kommenden Jahren verdreifachen.

Gleichzeitig haben wir eine Außenministerin, die einem Siegfrieden das Wort redet und Diplomatie für einen Verhandlungsfrieden verweigert.

Immer klarer wird, die NATO führt in der Ukraine einen Stellvertreterkrieg. Noch sind es immer mehr Waffen, aber es wird brandgefährlich eine Ausweitung, ein Dritter Weltkrieg in Europa riskiert.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Wir lehnen diesen Krieg ab. Wir wollen, dass dieser Krieg sofort beendet wird. Wir sagen aber auch, wer uns weismachen will, dass man mit immer mehr Waffen einen Krieg beendet, der meint wahrscheinlich auch, dass man mit Benzin ein Feuer löschen kann!

Linke und Friedensaktivisten, die sich gegen Waffenlieferungen und für eine diplomatische Lösung aussprechen, die die verheerenden Wirtschaftssanktionen gegen Russland ablehnen, die die große Mehrheit der Bevölkerung schlimm treffen, werden rasch als „Kreml-Trolle“ oder – wie von der taz – gerade erst auf Sahara Wagenknecht, Klaus Ernst und mich gemünzt, als „Putin-Sprechpuppen“ diffamiert. Wir dürfen uns davon nicht beeindrucken und kleinkriegen lassen.

Wir kennen diese Logik des deutschen Militarismus. Wer nicht mit in den Krieg gegen den äußeren Feind ziehen will, wird zum inneren Feind erklärt und an den Pranger gestellt.

In meiner Rede auf dem UZ-Pressfest vor zwei Wochen habe ich an Heinrich Manns „Untertan“ erinnert: Wie einst die Romanfigur Diederich Heßling der Kutsche des Kaisers hinterhergelaufen ist, so laufen die Journalisten, die hier Stimmung machen wie Stefan Reinicke von der taz, der Grünen-Außenministerin Baerbock mit Hurra-Rufen hinterher, die das Kriegsziel „Russland zu ruinieren“ ausgegeben hat.

Die gleiche Vorgehensweise erleben wir ja gerade im Hinblick auf die sozialen Proteste gegen die ungeheuren Preissteigerungen bei Gas, Öl und Strom oder bei den Lebensmitteln infolge des irrsinnigen Wirtschaftskrieges. Hier will man uns jetzt weißmachen, dass wir bei den Demonstranten einen Gesinnungstest machen sollten, weil, wenn da ein einziger käme, der nicht links ist, die ganze Demonstration nicht geht. Ich hoffe, wir sind uns hier einig: Wir brauchen gemeinsame Demonstrationen gegen Krieg, gegen die Verarmung der Bevölkerung und die Wirtschaftssanktionen, die das Leben von Millionen Menschen hier zu zerstören und in eine De-Industrialisierung des Landes zu münden drohen.

Weder als Linke noch als Friedensbewegung dürfen wir uns hier kirre machen lassen.

Wirtschaftssanktionen sind Krieg mit anderen Mitteln. Sanktionen, die nicht vom UN-Sicherheitsrat verhängt sind, sind illegal und völkerrechtswidrig.

Im LINKE-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 heißt es dazu wörtlich: „Wirtschaftssanktionen treffen vor allem die einfache Bevölkerung und müssen beendet werden. Unilaterale Sanktionen der USA und EU, wie beispielsweise gegen Iran, Kuba, Syrien oder Russland, sind völkerrechtswidrig und drehen die Eskalationsspirale immer weiter.“ Dieses Wahlprogramm ist politische Arbeitsgrundlage meiner Fraktion. Das will ich hier gerne einmal in Erinnerung rufen.

Der Wirtschaftskrieg der Bundesregierung gegen Russland hat sich in eine Sackgasse hineinmanövriert. Die Sanktionen gegen Russland treffen in erster Linie nicht Präsident Putin und sie stoppen augenscheinlich nicht den Krieg in der Ukraine,

sondern sie ruinieren das Leben von Millionen Menschen in diesem Land. Und sie drohen Millionen Arbeitsplätze zu vernichten durch eine Politik der De-Industrialisierung, während der russische Energieriese Gazprom 41,6 Milliarden Euro Gewinne macht und die US-Frackingindustrie pro Flüssiggastanker nach Europa 200 Millionen Euro. Auf Deutschland rollt derweil eine Welle von Firmenpleiten zu wegen nicht mehr bezahlbarer Energiepreise. Für jeden dritten Betrieb geht es um die Existenz, warnt der Industrieverband BDI in einer aktuellen Studie. Der Handwerker-Zentralverband schlägt Alarm, weil viele Betriebe die Kosten für Strom und Gas einfach nicht mehr bezahlen können. Auch bei den Krankenhäusern wächst das Insolvenzrisiko. In meinem Wahlkreis muss allein das Katholische Klinikum Bochum mit etwa 1.500 Betten im nächsten Jahr 7,3 Millionen Euro mehr für Gas und Strom zahlen. Hochgerechnet auf alle Krankenhäuser in Deutschland sind das 4 Milliarden Euro Mehrausgaben allein für Energie.

Soziale Frage und Friedenspolitik gehen Hand in Hand. Laut einer aktuellen Umfrage wollen 77 Prozent der Bundesbürger, „dass der Westen Verhandlungen über eine Beendigung des Ukraine-Krieges anstoßen sollte“. 87 Prozent der Befragten halten es für richtig, dass westliche Regierungschefs weiterhin mit Putin sprechen, während Außenministerin Baerbock, die Chefdiplomatin sein sollte in diesem Land, Diplomatie und Verhandlungen ablehnt und endlos Waffenlieferungen in die Ukraine liefern will. Erst gestern haben die USA in bester Kolonialherrenattitüde wieder Waffenlieferwillige auf den US-Stützpunkt Ramstein zitiert, um neue Rüstungspakete zu schnüren.

Es ist offensichtlich, der Krieg in der Ukraine ist mittlerweile zum Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland auf ukrainischem Boden geworden. Und es ist bestürzend, mit welcher Vehemenz und mit welchem Moralismus seitens der Ampel-Regierung, und hier vorneweg die Grünen, der Lieferung immer weiterer Waffen und Wirtschaftssanktionen das Wort geredet wird. Die größte Oppositionsfraktion im Bundestag fällt in der Frage ja komplett aus. Friedrich Merz wollte ja schon im März alle Gas- und Öllieferungen aus Russland blockieren und hat seinerzeit über eine direkte NATO-Militärintervention spekuliert.

Ich weiß, dass es viel auch berechtigte Kritik an der LINKEN gibt und sich viele fragen, ob DIE LINKE für die Friedensbewegung ein verlässlicher Partner bleibt. Bei aller Unzufriedenheit, bei aller Kritik: DIE LINKE ist die einzige Partei, die die Hochrüstungspolitik in Frage stellt. Wir sind die einzigen, die das 100-Milliarden-Aufrüstungsprogramm ablehnen. Wir sind die einzigen, die im Bundestag dagegen gestimmt haben. Denn die Geschichte lehrt uns doch, dass Wettrüsten nicht mehr Sicherheit schafft. Und die im Grundgesetz festgeschriebene Aufrüstung der Bundeswehr wird doch auch nicht den Krieg in der Ukraine beenden. Und das Geld fällt auch nicht vom Himmel, die Milliarden werden an anderer Stelle gestrichen. Wer hier anderes sagt, versucht die Bürgerinnen und Bürger hinters Licht zu führen. Die aufkommenden Proste sind Chance und Auftrag, hier gegenzuhalten und beim Wirtschaftskrieg der Ampel nicht mitzumachen.

Sevim Dagdelen zu Panel 2 „Zeitenwende: Aufrüstung, Militarisierung und Waffenexporte“

Liebe Freundinnen und Freunde,

SPD, Grüne und FDP haben sich in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich für eine Begrenzung der Rüstungsexporte bzw. eine „restriktive Rüstungsexportpolitik“ ausgesprochen und wollen sich für ein „nationales Rüstungsexportkontrollgesetz“ einsetzen.

Tatsächlich hat die Ampel-Regierung im laufenden Jahr bis Ende August Waffenexporte im Wert von knapp 5,1 Milliarden Euro genehmigt. Das ist fast doppelt so viel wie im Vorjahreszeitraum von schwarz-rot erlaubt wurde (im Wert von etwa 2,9 Milliarden Euro).

Die Ukraine liegt mit Genehmigungen im Wert von 724,5 Millionen Euro an zweiter Stelle deutscher Rüstungsexporte in diesem Jahr (nach den Niederlanden mit 1,81 Mrd. Euro und vor den USA mit 388,1 Mio. Euro).

Neben der Ukraine liefert die Ampel-Regierung auch sonst Waffen in Krisen- und Spannungsgebiete. In das Konfliktgebiet Kosovo, dessen Unabhängigkeit noch nicht einmal von allen EU-Mitgliedern anerkannt ist, erhält Sturmgewehre von Heckler & Koch. Nach Zypern sollen Lenkflugkörper Spike von Diehl Defence zur Panzerabwehr sowie Zubehör gehen. Mit Südkorea wird schließlich auch ein Land mit deutschen Maschinenpistolen von Heckler & Koch beliefert, das sich nominell weiter im Kriegszustand mit seinem Nachbarn Nordkorea befindet. Die Ampel hat dafür das Etikett „Wertepartner“ kreiert – wir kennen das von der Kopf-ab-Diktatur Saudi-Arabien, die der Merkel-Regierung lange als sogenannter „Stabilitätsanker“ galt.

Die von Olaf Scholz proklamierte „Zeitenwende“ und das von den Ampel-Parteien mit den Stimmen von CDU, CSU und AfD beschlossene „Sondervermögen Bundeswehr“ sind zusammen mit der Zusage auf endlose Waffenlieferungen an die Ukraine ein gigantisches Konjunkturprogramm für die Rüstungsindustrie, der Milliarden Gewinne garantiert werden.

Ich frage: Wer soll von denen Interesse haben an einem Waffenstillstand und an einem Verhandlungsfrieden in der Ukraine, an einer Absage an eine auf Dauer angelegte Konfrontation mit Russland und eine permanente Hochrüstung der NATO.

Das Rüstungsexportkontrollgesetz, dessen „Eckpunkte“ in diesem Monat vorgelegt werden sollen, wird absehbar zum Etikettenschwindel. Ziel der Bundesregierung sei, sagt Staatssekretär Sven Giegold von den Grünen, „eine gesetzlich geregelte, restriktive und transparente Rüstungsexportpolitik“. Um dann freimütig zu ergänzen: „Rüstungsexporte an Verbündete und Wertepartner sollen vereinfacht werden. Die Kontrolle von Waffenexporten in Drittstaaten wird verbindlicher geregelt und der Beachtung der Menschenrechte ein besonderes Gewicht beigemessen.“

„Ein besonderes Gewicht“ - blumiger als die verwelkten Grünen hätte das auch die Große Koalition mit Merkel nicht sagen können. Wer meint, hier sei auf eine einstige Friedenspartei Verlass, der ist verlassen.